

Kösliner Volksblatt

vorm. Fürstentümer Zeitung
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 30 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 90 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung.

Nr. 192.

Dienstag, den 19. August 1919.

17. Jahrgang.

Streik und Polen-Aufreube in Oberschlesien.

Deutsche Nationalversammlung zu Weimar.

Weimar, 18. August.

Die Nationalversammlung erledigte heute in rascher Folge eine umfangreiche Tagesordnung. Zunächst stand der Gesetzentwurf über ergänzende Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung in das Ausland zur Beratung, bei der der Reichsfinanzminister Erzberger bemerkenswerte Ausführungen über die beschriebene Notensituation machte. Er hob besonders hervor, daß die gegen den Umtausch vorgebrachten Bedenken die Regierung nicht abhalten könnten, mit den stärksten Mitteln vorzugehen, und daß die von der Reichsfinanzverwaltung beabsichtigten Maßnahmen keinen Salustaktus hervorrufen könnten, weil sie darauf gerichtet seien, die deutschen Werte zu steigern. Das einzige Ziel des Finanzministeriums sei, das Kapital im Inlande und im Auslande zu erfassen. Das Gesetz, das die Uberschicht „Gesetz gegen die Kapitalflucht“ erhielt, wurde in zweiter und dritter Lesung mit geringfügigen Änderungen angenommen, desgleichen die Gesetze über eine außerordentliche Kreditsabgabe und über eine Kreditsabgabe vom Vermögenszuwachs. In einer etwa 15 Minuten dauernden Debatte kam es dann bei der dritten Beratung des Steuererhöhbungsgesetzes, das ebenfalls angenommen wurde, nachdem auf Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten ein neuer Paragraph eingefügt worden war, wonach die Steuer nur zur Hälfte erhoben wird, wenn der steuerpflichtige Betrag bei bebauten Grundstücken 20 000 Mark, bei unbebauten Grundstücken 5000 Mark nicht übersteigt. In dritter Beratung wurde sodann noch das Rindwarenen- und Spielwarensteuergesetz unverändert in der Fassung der zweiten Lesung angenommen und schließlich eine Reihe von Petitionen erledigt, wobei der Vorsitzende der Petitionskommission die Bitte an die gesamte Öffentlichkeit aussprach, die Nationalversammlung nicht, wie bisher, mit Petitionen zu überschwemmen. In der nächsten Sitzung am Montag um 10 Uhr werden die Gesetzentwürfe betreffend die Entschädigung der Offiziere sowie der Kapitulanten und der Entwurf einer Reichsabgabenordnung in zweiter Lesung beraten werden.

Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend einen Anleihekredit für das Rechnungsjahr 1919 zugegangen, wonach der Reichsminister der Finanzen ermächtigt wird, zur Beilegung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von neun Milliarden Mark im Wege des Kredits künftige zu machen, den einzelnen Reichsverwaltungen die aus Anlaß des Krieges und der Demobilisierung erforderlichen Teilbeträge bis zur Höhe von sieben Milliarden Mark zu überweisen sowie zwei Milliarden Mark für Leistungen aus dem Friedensvertrage zu verwenden. Begründet wird der Entwurf mit der Notwendigkeit, wegen der unmittelbaren bevorstehenden Erhöhung der Anleihekredite der Reichsregierung weitere außerordentliche Deckungsmittel bereit zu stellen.

Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes über Entschädigungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten zugegangen, wonach die Reichsregierung ermächtigt wird, Gegenstände, welche auf Grund des Friedensvertrages oder ergänzender Abkommen den alliierten und assoziierten Regierungen oder einer von ihnen oder einem Angehörigen der alliierten und assoziierten Mächte zu übertragen sind, für das Reich zu enteignen.

Die Ablösungsbestrebungen.

„Rheinische Republik“ und „Freie Pfalz“.

Das „Journal“ läßt sich in einem langen Artikel seines Mainzer Sonderberichterstatters melden, der Gedanke der Rheinischen Republik habe erheblich an Ausdehnung gewonnen. Er läßt durchblicken, daß die Sache soweit gediehen sei, daß Dr. Dörflinger den Wunsch nach einer Volksabstimmung vom Obersten Rat wahrscheinlich nicht werde abgelehnt werden.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Die politische Lage in der Pfalz drängt zur Entscheidung. Ein Teil der pfälzischen Zentrumspresse, der „Volksbote“ in Kaiserslautern und der „Rheinpfälzer“ in Landau, behandelt das Aktionsprogramm der bayerischen Regierung mit Hohn und Spott und propagiert als alleinige Rettung für die Pfalz den Anschluß an die „in Gründung begriffene Rheinische Republik“. Der Bund „Freie Pfalz“ — Dr. Haack und Genossen — sucht durch verstärkte Agitation gegen die pfälzisch-bayerische Regierung die Konkurrenz der „Rheinischen Republik“ unschädlich zu machen und drängt zum gewalttätigen Bruch mit Bayern und Deutschland. Die französische Besatzungsbehörde gewährt beiden Richtungen vollständige Freiheit in Wort und Schrift, unterdrückt aber vollständig jede Meinungsäußerung für treues Festhalten an Deutschland. „Freie Pfalz“ im Bunde mit Leuten von der U. S. R. beabsichtigt einen gewalttätigen Putz in den nächsten Tagen. Da sie volle Bewegungsfreiheit hat und Waffen, die aus französischem Besitz stammen müssen, zur Verfügung hat, ist die Gefahr für die Pfalz größer als je. Möge dieser Notruf auch in der neutralen Presse Widerhall finden.

Dänemark bittet die Entente, Kriegsschiffe nach Schleswig zu schicken!!

Dem „Matin“ wird von Kopenhagen berichtet, daß im Laufe der Verhandlungen im Folkething bezüglich der Position der dänischen Regierung wegen Schleswigs der Minister des Auswärtigen mitteilte, daß die Regierung durch Vermittelung des dänischen Ministers in Paris die Entente ersucht habe, schon jetzt Kriegsschiffe in die Häfen Schleswigs zu schicken.

Ein Antrag, gemäß dem die Regierung die Räumung der 3. Zone während der Abstimmung in der 1. und 2. vorliegenden sollte, wurde mit 70 gegen 67 Stimmen abgelehnt. Abgegeben wurde die Entschließung eines Vertrauensvotums für das internationale Komitee zur Sicherung der Abstimmungsrechte angenommen.

Vom Schmachfrieden.

Artikel 84.

Deutschland verzichtet zugunsten Belgiens auf alle Rechte und Ansprüche auf das gesamte Gebiet der Kreise Eupen und Malmedy.

Sechs Monate lang nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages werden von der belgischen Behörde in Eupen und Malmedy Listen ausgelegt. Die Bewohner dieser Gebiete sind berechtigt, darin schriftlich den Wunsch auszudrücken, daß diese Gebiete ganz oder teilweise unter der deutschen Souveränität bleiben.

Warum man nicht hier wie in Remel von einer Abstimmung ganz abgesehen hat, ist unverständlich. In die Listen werden sich die wenigstens eintragen und die belgischen Behörden werden das ihre tun, den Einwohnern der beiden Kreise es zu erleiden. Jetzt schon behauptet die belgische Presse, die Unterschrift allein genüge nicht, die Abneigung gegen Belgien müßte begründet werden.

Polnischer Aufruhr in Oberschlesien.

Kattowitz, 17. August.

In der Nacht vom 16. zum 17. August haben polnische Banden im Kreise Pleß durch einen Putz die Gewalt an sich zu reißen und das Militär zu entwaffnen versucht. An den meisten Stellen ist der Versuch mißlungen. Die Truppen sind Herren der Lage geblieben, so in Pleß, wo ein Teil der Angreifer außer Gefecht gesetzt und ein anderer Teil verhaftet wurde. Ebenso blieben Angriffe auf unsere Feldwachen im Südtel Oberschlesiens erfolglos. Nur in Paprota gelang es den Aufständigen, eine Batterie, die wegen der Unterbringung der Pferde in Bürgerquartieren weit verstreut liegen mußte, zu überrumpeln und zu entwaffnen. Weiter haben die Insurgenten den mit Truppen nicht besetzten Ort Tichau und den dortigen Bahnhof und die Postanstalt besetzt. Auch in Mittel-Lazise haben polnische Banden den Bahnhof, den Amtsvorstand und die Gottmituns-Grube heimgesucht. Eine militärische Aktion zur Unterdrückung des Aufstands ist im Gange. Weitere Truppen sind nach Oberschlesien geschickt. Wie verlautet, haben die polnischen Organisationen Oberschlesiens, die nicht gewillt sind, die Entscheidung über unser Schicksal abzuwarten, einen allgemeinen Aufstand in ganz Oberschlesien geplant mit der Absicht, die Gewalt an sich zu reißen. Haller-Truppen sollten nach Durchführung dieses Planes einrücken und die neuen Machthaber unterstützen. Mit Bestimmtheit geht aus dem vorgefundenen Material hervor, daß auch der allgemeine Bergarbeiterstreik mit dem Plane der ober-schlesischen Polen zusammenhängt. Einen weiteren Beweis für die der Bevölkerung Oberschlesiens drohende Gefahr brachte eine große allgemeine Hausdurchsuchung in dem Dorfe Halemba, wo zahlreiche Waffen und Munition gefunden wurden. Die Anführer der dortigen polnischen Militärorganisation lieferten den Beamten und Truppen ein regelrechtes Feuerschloß, und küßten dabei 2 ihrer Mitglieder ein.

Abkauen des Streiks.

Kattowitz, 18. August. (Eigene Drahtmeldung.) Für heute wird mit einem Zusammenbruch des Streiks gerechnet. Die Verkündung des Arbeitszwanges steht für heute bevor. Den Bergleuten ist mitgeteilt worden, daß gegen alle Streikenden, die heute die Arbeit nicht aufnehmen, die schärfsten Maßnahmen ergriffen werden. Von der Laurahütte-Grube jungen Montag 60 bis 70 Prozent der Belegschaft an. Die Belegschaft des Krugwagens in Königshütte hat beschlossen, heute vollständig einzufahren. Im Rybniker-Revier wurde die Beteiligung am Streik bisher gänzlich abgelehnt. Der Eisenbahnverkehr, die Licht- und Kraftlieferung, sind seit gestern abend wieder völlig im Gange. Gestern haben die Verhandlungen mit den Arbeitern der Elektrizitätswerke stattgefunden, mit dem Erfolg, am Montag früh die Arbeit in beiden Zentralen, Zanborze und Chorjow, wieder aufzunehmen. Das Militär rückt zum großen Teil morgen wieder ab. Ein kleiner Teil nur bleibt zum Schutz des Reviers da.

Danzig als Handelsstadt.

Wie wir aus einflussreichen Handelskreisen erfahren, sind sämtliche großen deutschen Handelshäuser dabei, in Danzig Filialen zu errichten. Das Gleiche ist bereits von englischer und amerikanischer Seite geschehen. Man hofft, auf diese Weise mit dem Ausland in bessere Verbindung zu kommen. Danzig würde die Zentrale des gesamten künftigen Handels mit diesen Ländern werden, soweit dieser Handel sich auf den deutschen Osten, auf Polen und Rußland erstreckt.

Die Räumung Kurlands.

In einer Sitzung des lettlandischen Volksrates vom 13. August hat sich Ministerpräsident Ulmanis über die Frage der Räumung Kurlands wie folgt geäußert: Die deutsche kurlandische Frage ist sehr kompliziert. Die Deutschen ziehen sich langsamer zurück, als vorgesehen war. Dennoch kann ich ungeachtet aller Versicherungen der Zeitungen versichern, daß morgen drei Viertel Kurlands befreit sein werden, nach noch einigen Tagen neun Zehntel des Landes. Es wird nicht mehr lange dauern, bis Riga nach Abzug der letzten Deutschen aus Lettland wird flagen können.

Mitau, 16. August. Nordkurland ist vom Westen her bis zur Linie Wartgrafen, nördlich Talsen, westlich Ugalen, östlich Goldingen von deutschen Truppen geräumt.

Die ungetaufte Nationalversammlung.

Die verfassunggebende, deutsche Nationalversammlung sollte nach einem inzwischen wieder aufgehobenen Beschluß von jetzt ab den Namen „Reichstag“ führen. Sie hatte, nachdem die „Weimarer Verfassung“ Rechtskraft erhalten, vermöge seiner reichspräsidentialen Gewalt Herr Frick Ebert verordnet. Man war etwas überrascht durch diese plötzliche Umtausch des Revolutionsparlamentes und fragte sich vergeblich, auf welchen Verfassungsparagraphen oder sonstigen Rechtsmittel der Reichspräsident sich hierbei stützen mag. Oder handelt es sich um eine feingemessene Folgerung aus der neuen Reichsliste? Selbst auf der linken Seite erregt der Vorgang Aufsehen und ein führendes demokratisches Blatt äußert sich mit scharfer Verurteilung darüber, daß die Zulässigkeit der Verordnung erst noch der Untersuchung bedürfe: Nach der Verfassung beste allerdings das deutsche Parlament „Reichstag“, aber erst nach erfolgter Wahl. Die Nationalversammlung sei kraft revolutionären Rechts zusammenberufen worden, um eine ganz bestimmte Anzahl von Aufgaben zu lösen. Sie sei also völlig verschieden von dem auf Grund der Verfassung zu wählenden Reichstag. In der Tat sei ja auch von keiner Seite bestritten worden, daß die Nationalversammlung nach Erledigung der dringendsten Augenblicksaufgaben aufgelöst werden müsse. In diesem Zusammenhang ebenso wie an der Notwendigkeit, daß die Neuwahlen möglichst schnell beschleunigt werden müßten, habe sich nichts geändert. Deshalb solle man es ruhig bei dem Namen „verfassunggebende Nationalversammlung“ lassen und die Bezeichnung „Reichstag“ für den „Reichstag“ aufheben.

Es wird aber bei diesen einwandfreien Feststellungen nicht sein Bemeden haben dürfen. Der Tausch des Herrn Ebert war nicht nur unzulässig, sondern irreführend; ob mit Absicht oder aus Fahrlässigkeit, wird sich zeigen, wenn wir die Konsequenzen oder Wirkungen betrachten, die er nach sich ziehen kann. Zwar soll man die Absichten eines Ministers nicht mißbilligen, bevor man sie kennt, aber sie liegen hier so deutlich zu Tage, daß ein Zweifel nicht obwalten kann. Da der Reichstag erst auf Grund der neuen Verfassungsbestimmungen entstehen kann, so ist es unmöglich und widersinnig, schon diejenige Versammlung „Reichstag“ zu nennen, welche diese Verfassung erst geschaffen hat. Vielmehr hat der „Reichstag“ Neuwahlen zur unerlässlichen Voraussetzung; Neuwahlen, welche freilich in geordneter Weise, als im Revolutionswinter, und nicht mehr bei tobender Straße oder unter dem frischen Eindruck einer „Weldersprechenden“ Umwälzung vor sich gehen würden. Solche Neuwahlen aber hat Herr Ebert und seine Regierung allen Anlaß zu fürchten. Selbst der Terror der Revolutionswahl vermochte eine sozialdemokratische Mehrheit nicht herbeizuschaffen. Wie wird es erst bei ordentlichen Neuwahlen werden, nachdem die deutsche Bevölkerung seit Jahr und Tag den schreienden Dilettantismus des sozialistischen Regiments, die wachsende Verwilderung der Sitten, die republikanische Impotenz auch in der auswärtsartigen Politik schauernd durchlebt hat und so viel revolutionäre „Errungenschaften“ über sich ergehen lassen mußte, daß Herr Bauer in Weimar sie auszukühlen Mühe nicht verachtete? Es könnte doch sein, daß die Wählerkraft die reichen Erfahrungen dieses Lehrauftrags bei den Neuwahlen in die Tat umsetzt; ein Risiko, das Herr Ebert am liebsten ganz vermeiden, jedenfalls so lange als möglich hinausschieben möchte. Darum tritt er zu dem Notzuzugriff, ohne Neuwahlen auf die einfachste Weise der Welt den „Reichstag“ herbeizuschaffen, in dem er eben das Weimarer Revolutionsparlament als Reichstag irreführt. Mundus vult decipi, ergo decipiat? Es ist nur die Frage, ob unsere Wählerkraft in der Tat getäuscht werden will; vor allem getäuscht über die Absicht dieser Regierung, die Nationalversammlung so lange am Werke zu halten, bis einem positiv zusammengesetzten Reichstag mit verstärkter bürgerlicher Mehrheit zu retten nichts mehr übrig bleibt an sittlichen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Werten!

Es ist Zeit, dringende Zeit zur Auflösung der Nationalversammlung und zur Anberaumung der ersten, gesetzlichen Reichstagswahlen, sobald die Nationalversammlung die notwendigen Steuern bewilligt hat. Herr Ebert aber wüßte die Zeit zu meistern: „Ihr wollt einen Reichstag? Da habt Ihr ihn!“ Mit dieser dreifachen Wäsche kann man nicht ein großes Reich regieren, nicht ein ganzes Volk hinter sich führen, dessen Mehrheit in einem neugewählten Reichstag eine der Wählerkisten steht, sein fürchtbares Los zu bessern.

Schlimme Lage in der Türkei.

Zunehmende Deutschfreundlichkeit.

Ein Artikel im „Echo de Paris“ mit der Überschrift: „Neue Krise in der Türkei“ läßt erkennen, daß die Verhältnisse dort verworrener als je sind.

Bertinax schreibt: Eine schlechte Stunde kommt aus der Türkei. Das im April gebildete Kabinett von Camad Pascha, dem Schwiegersohn Abdul Hamids, steht im Begriff zu verschwinden. Der Kriegsminister Nazim Pascha hat den Sultan brieflich gebeten, den Großwesir zu entlassen, was wohl nur seine eigene Entlassung herbeiführen wird. Tewfik Pascha, der ehemalige Großwesir, geht auch. Diese Persönlichkeiten werden ihrem Chef Energielosigkeit vor. Sie verlangen die Wahl der Konstituante, die, da die christlichen Wähler entschlossen sind, sich der Wahl zu enthalten, eine den Nationalisten, den Freunden Deutschlands, ergebene Mehrheit erhalten würde. In der Türkei ist keine leitende Kraft, da der kleine Kreis der Jungtürken verweigert über die Niederlage abseits steht. Die einzigen Gruppen, die überhaupt fähig zu handeln sind, verzetteln ihre Kräfte in Gewalttaten gegen die alliierten Mächte. Innerhalb sechs Tagen wurde zweimal versucht, die Wache der hohen Pforte zu entwaffnen. In Anatolien organisiert sich unter Führung von Mustafa Kemal Pascha und Halil Pascha der Krieg gegen jede eventuelle christliche Herrschaft. Kürzlich haben sich die Anhänger des geheimen Komitees, die in den sechs anatolischen Vilajets die Herrschaft haben, in den Besitz von Usfak an der Eisenbahn Smyrna-Asiun-Karabissar gesetzt. Mustafa Kemal hat die Absicht, eine revolutionäre Konstituante nach Esmas einzuberufen. Man behauptet, er arbeite für die Wahl des Prinzen Abdar Rahim, des jüngsten Sohnes Abdul Hamids, eines engsten deutschen Freundes. Die Friedenskonferenz, die den Brand durch die vorläufige

Beziehung Smyrnas entsacht hat, läßt die Dinge gehen, wie sie gehen. Nicht die geringste Harmonie herrscht unter den dortigen Vertretern der großen Mächte: die einen eilen durch das Land, indem sie das Selbstbestimmungsrecht der Völker predigen und sich nach den Wünschen der Bevölkerung erkundigen, die anderen, und das ist die Mehrzahl, bitten den Absichten und Forderungen ihrer Regierung, und in Paris kümmert man sich nicht um das, was sich vorbereitet.

Die ungarische Regierung.

Freitag mittag wurde die neue ungarische Regierung vom Verweser, dem königlichen Prinzen Josef, ernannt. Ministerpräsident wurde Stefan Friedrich, Minister des Innern Martin Kovacszy, Minister des Äußern Baron Siegmund Perenyi, Finanzminister Johann Gruent, Kriegsminister General Franz Schneyer, Justizminister Georg Balogh, Arbeitsminister Stefan Szabo, Kultus- und Unterrichtsminister Karl Huszar, Minister für Volkshygiene Andreas Eszlery, Minister der nationalen Minoritäten Jakob Meyer, Minister ohne Portefeuille wurden Stefan Haller und Johann Mayer, mit der Vorbereitung der Friedensverhandlungen betrautet Minister ohne Portefeuille Graf Paul Teleki. Das Handelsportefeuille, das Ernährungsministerium und das Volkswohlfahrtsministerium sind noch nicht besetzt.

Die Mitglieder der neuen Regierung haben vor dem Verweser, königlichen Prinzen Josef, den Amtseid geleistet. Nach der Eidesleistung begrüßte der Verweser die Mitglieder der neuen Regierung und forderte sie im Interesse des Vaterlandes zu hingebungsvoller Arbeit auf.

Budapest, 18. August. (Eigene Drahtmeldung.) Eine der ersten Verfügungen des neuen Ministeriums betrifft die Einstellung der Zahlung der Erwerbslosenunterstützung. Gegen den Grafen Karolyi soll ein strafrechtliches Verfahren eröffnet werden. Er wird beschuldigt, aus dem kommunistischen Regime materielle Vorteile gezogen zu haben.

21 frühere „Volksbeauftragte“ unter Anklage.

Nach einer Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus richtete die Kriminalabteilung der Budapest Oberstadthauptmannschaft an sämtliche Verwaltungs- und Polizeibehörden sowie an die Wiener Polizeidirektion das Ersuchen, nach 21 früheren Volksbeauftragten, darunter Bela Kuhn, Eugen Landler, Eugen Hamburger, Bela Szekely, Sigmund Kinski, Wilhelm Boehm, Julius Hefesi, Heinrich Kalman, Moriz Erdelyi, ferner nach dem früheren Präsidenten des Budapest Solbaten- und Arbeiterrats Hermann, die des Mordes, des Raubes, der Geldfälschung, der Verletzung des Wohnrechtes als Täter oder Anstifter verdächtig sind, zu fassen und sie im Falle ihrer Ergreifung in Untersuchungshaft zu nehmen.

Die Deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die Verhandlungen mit den polnischen Delegierten nehmen einen befriedigenden Verlauf. Verschiedene der in der Meldung vom 13. August erwähnten Unterkommissionen haben ihre Arbeiten bereits begonnen, die Verhandlungen der Kommission für Internierte und Kriegsgefangene sind so weit beendet; in allen Hauptfragen ist hier vollkommene Uebereinstimmung erzielt worden, besonders darüber, daß für alle aus Anlaß der nationalen Erhebungen begangenen Vergehen, mit Ausnahme der gemeinen Verbrechen, heiderseits eine Amnestie erlassen wird, sowie, daß die Internierten ausnahmslos zu entlassen sind. Die strikte Durchführung dieses Abkommens wird von einer gemischten Kommission unter neutralem Vorsitz überwacht werden.

In der Unterkommission für die Schulfragen bestand für die deutschen Vertreter hauptsächlich die Pflicht, die diesbezüglichen Wünsche der deutschen Bevölkerung der Abtretungsbezirke zur Geltung zu bringen. In wichtigen Fragen ist auch hier Einvernehmen erzielt worden, besonders hat es sich gezeigt, daß in polnischen Elementarschulen die deutschen Wünsche Berücksichtigung gefunden haben.

Die wichtigsten Fragen sind bis zum Eintreffen polnischer Sachverständiger zurückgestellt worden.

In den Wirtschaftfragen sind einzelne allgemeine Angelegenheiten besprochen worden; die Beratungen werden fortgesetzt.

Die wichtigste Kommission ist die für staatsrechtliche Fragen, welche am Sonntag vormittag zum ersten Male zu einer Generaldiskussion zusammentrat. Die Zeit zwischen den einzelnen Kommissionsverhandlungen wird durch Festlegung der Protokolle, Formulierung der gefaßten Beschlüsse und Beratungen zwischen den beteiligten deutschen Behörden ausgefüllt. Seitens der deutschen Ressorts werden zu den Vorbereitungen und den Kommissionsitzungen regelmäßig Vertreter der betreffenden Gebiete hinzugezogen.

Die drei schönen Bernhausen.

Roman von Fr. Lehne.

Nachdruck verboten.

(10. Fortsetzung.)

Oh, sie war schlau, die kleine Amerikanerin, und sie verstand es, die Güte und Schwäche anderer auszunutzen! Thora hatte nicht unrecht mit ihrer Annahme, daß Storck durch sie in die Gesellschaft kommen wollte — einer mußte doch da sein, der sie einführte, und das war am besten der Nachbar, Graf Bernhausen!

Mariane war sehr ehegeizig. Sie wollte eine Rolle in der Gesellschaft spielen, und ihr Streben ging danach, einen deutschen Offizier von hohem Adel zu heiraten. Und mit ihrem Gelde würde ihr das nicht allzu schwer fallen, zudem ihre Person keine unangenehme Beigabe sein würde. Viviane war ein lebhaftes, temperamentvolles Geschöpf.

Ihre Gestalt war sehr geschmeidig und durch Sport geküßt. Zu ihrer besten, gesunden Gesichtsfarbe, die aber durch eine Menge Sommerprossen beeinträchtigt wurde, passte das rotblonde Haar, das sie sehr extravagant frisiert hatte. Sie wirkte pikant durch ihre ganze Art. Dem Grafen gefiel sie sehr.

Fünftes Kapitel.

Vor dem eleganten Restaurant des Stadtparkes herrschte am dem schönen Frühlingabend, der alle ins Freie gelockt hatte, reges Leben.

Farbige Lampen glühten in dem dunklen Laub der blühenden Kastanienbäume und warfen phantastische Lichteffekte auf die eleganten Toiletten der Damen.

Geschäftig eilten die Kellner hin und her, um den Wünschen der zahlreichen Gäste gerecht zu werden.

Lustiges Lachen, fröhliches Plaudern schallte von den weißgedeckten Tischen, auf denen neben rotverhängten Windlichtern silberne Beinküßler oder geschlossene Karaffen mit purpurn schimmernden Wein standen.

Eine kleine Zigarettenkapsel in kurze, blaue, rot verhängte Fäden geflecht, ließ schneeweiße Weisen erlösend, die an diesem weichen, sonnigen Abend felsam eindrucksvoll auf Herz und Sinne wirkten.

Und über dem bunten, glänzenden Bilde schwebte am dunklen Nachthimmel der Mond in ruhiger Klarheit.

An einem der Tische aß er besonders lebhaft zu, an dem Graf Bernhausen mit seinen beiden älteren Töchtern, der Kommerzrätin Hofmann und die Familie Storck saßen. Der Graf war in glänzender Laune, wie immer, wenn die Gräfin nicht mit anwesend war.

Deutsches Reich.

In Weimar fand unter dem Vorsitz des Stellvertreters des Reichsministers, Reichsministers der Finanzen Erdrager die erste öffentliche Vollversammlung des Reichsrats statt. Die 24 deutschen Länder hatten ihre Vertreter benannt, sodas sofort die Bildung des Reichsrats erfolgen konnte, der zunächst die für die Fortführung der Geschäfte erforderlichen vorläufigen Beschlüsse faßte. Sodann wurde den Entwürfen einer Verordnung über die Erhebung eines durch Aenderung der Grundpreise für Häute, Felle und Leder sich ergebenden Zwischengewinns, eines Gesetzes über das Arbeitsentgelt der Empfänger von Militärverforungsgebühren, der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft, eines Gesetzes über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten, eines Gesetzes betreffend einen Anleihencredit für das Rechnungsjahr 1919, einer Verordnung betreffend Gebühren für Zeugen und Sachverständige, einer Verordnung über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, zugestimmt. — In der unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Vell abgehaltenen Vollversammlung des Reichsrats wurde dem Entwurfe eines Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag zugestimmt.

Die Landarbeiter des Kreises Blankenburg am Harz sind, wie das Blankenburger Kreisblatt berichtet, in den Streik getreten. Sie fordern höhere Löhne und Einführung eines Tarifes.

Au der bevorstehenden Leipziger Herbst-Muttermesse (31. August bis 6. September) wird sich das Ausland sehr regen beteiligen. Zahlreiche ausländische Firmen haben sich als Aussteller angemeldet, darunter auch einzelne aus den bisher feindlichen Staaten wie England, Italien und Belgien. Besonders stark wird wieder die Industrie der tschecho-slowakischen Republik vertreten sein. Außerdem kommen Aussteller aus Holland, Dänemark, Norwegen und der Schweiz.

Der bischöfliche Oberpräsident der Provinz Westpreußen, Schnadenburg, der wieder in seine frühere Stellung als Oberbürgermeister von Altona zurückkehrt, ist vorläufig ab 15. August beurlaubt worden. Der Regierungspräsident Förster in Danzig ist mit der Vertretung der Verwaltung der Geschäfte der Provinz Westpreußen beauftragt worden.

Offiziere für das neue Heer.

Vom Kriegsministerium ist den Generalkommandos usw. folgende Weisung zugegangen:

Bei den durch die Friedensbedingungen notwendig gewordenen, sehr zahlreichen Verabschiedungen werden vom Kriegsministerium alle Mittel angewendet, um für die Beurteilung der Offiziere möglichst zahlreiche und verschiedenartige Unterlagen zu erhalten.

Da infolge der häufigen Verlegung der letzten Jahre die Vorgesetzten nicht immer in der Lage sein werden, über alle Offiziere ein abschließendes Urteil zu fällen, sollten auch die Urteile der früheren Vorgesetzten mit in den allgemeinen Beurteilungen verwendet werden.

Um noch weitere Anhaltspunkte dafür zu erhalten, welche Offiziere in erster Linie in das zukünftige Friedensheer zu übernehmen sind, wird jedem Offizier, der im Felde oder in der Reichswehr mit einer Regimentskommandeurstelle versehen war, freigestellt, den tüchtigsten Bataillons-pp. Kommandeur, jedem Offizier, der mit einer Bataillons-pp. Kommandeurstelle versehen war, den tüchtigsten Kompagnieführer namhaft zu machen.

Die Namhaftmachung hat umgehend spätestens bis zum 25. 8. d. Js., an das Friedens-Generalkommando zu erfolgen, denn der Friedensstruppenteil pp. des vorgeschlagenen Offiziers vor dem Kriege unterstand.

Hamburger Bankbeamtenstreik.

Am 16. d. Mts. haben im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen stattgefunden, an denen Vertreter der Hamburger Bankleitungen und Angestellten der Hamburger Banken sowie Vertreter der beiden Bankbeamtenverbände teilnahmen. Die Verhandlungen fanden unter dem Vorsitz eines Beamten des Reichsarbeitsministeriums statt. Sie führten leider zu keinem Ergebnis, da zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Ein von dem Vorsitzenden gemachter Vermittelungsversuch wurde von der einen Partei abgelehnt, während die andere Partei geneigt war, den Vorschlag anzunehmen. Das Reichsarbeitsministerium wird im Einvernehmen mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern unverzüglich einen Schlichtungsausschuß berufen, der in der Streitfrage Anfang der nächsten Woche einen Schiedsspruch fällen wird.

Hamburg, 18. August. (Eigene Drahtmeldung.) Eine stark besuchte Versammlung der Bankangestellten nahm am Sonntag den eingehenden Bericht von zwei Vertretern der Streikleitung, die an den Berliner Verhandlungen teilgenommen hatten, entgegen und verwarf bei dem Beschluß, den Streik weiter fortzuführen. Der Plan, die anderen An-

gestellten Verbände Hamburgs in einen Sympathieverein einzuziehen, ist bis jetzt völlig gescheitert. Es ist davon die Rede, daß ein Teil der Angestellten heute ihre Tätigkeit wieder aufnehmen will, ungeachtet des Beschlusses weiter zu streiken.

Ausland.

Der Friedensvertrag im Senat. Mancher Senat meldet aus Washington, daß eine zuverlässige Schätzung der Stimmenverteilung im amerikanischen Senat ergibt, daß 31 Senatoren für die vorbehaltlose Annahme des Friedensvertrages sind, 31 Senatoren sind unbestimmt, wenn nicht einschneidende Aenderungen vorgenommen werden. Ueber die Ansicht von 24 Senatoren bezüglich der von dem gewünschten Vorbehalte oder Auslegung herrscht Unklarheit. Für die Ratifikation sind 64 Stimmen notwendig.

Kurze Frist zur Unterzeichnung für Oesterreich.

Die österreichische Delegation wird den endgültigen Text des Friedensvertrages Ende der nächsten Woche vorstellt erhalten. Es wird eine sehr kurze Frist zur Unterzeichnung eingeräumt, die in der letzten Augustwoche enden soll. Eine wohl unterrichtete Persönlichkeit versichert, die letzten österreichischen Vorschläge von dem Verhandlungsausschuß zurückgewiesen wurden.

Das Deutschtum in Ungarn.

Beim ungarischen Verweser, Prinzen Josef, erregte eine billige Abordnung der ungarischen Delegation um Bürgerschaften hinsichtlich der Selbständigkeit des Deutschtums zu erbitten. Prinz Josef erklärte, die neue Regierung werde nach ihrer neuen Konstituierung es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachten, die Wünsche des Deutschtums der Nationalversammlung zur Entscheidung zur Verfügung zu stellen, um so die berechtigten Ansprüche sobald als möglich zu verwirklichen.

Persien in englischer Gewalt.

Laut Pressebureau Radio ist in einem Vertrage zwischen England und Persien u. a. festgesetzt, daß England die Kosten Persiens Verwaltungsbeamte und Offiziere Persien entsenden wird, die das persische Heer neu organisieren sollen. Die erste Anzahlung auf die an Persien zu sendende Summe von zwei Millionen Pfund Sterling wird sobald der britische Finanzsachverständige für Persien Amt daselbst übernommen hat.

Neuer meldet dazu weiter:

Nach Verhandlungen, die neun Monate andauerten, zwischen der persischen Regierung und England ein Abkommen geschlossen worden, das England in die Lage versetzt, die Unterstützung und den Rat von Sachverständigen zuteil werden zu lassen, wodurch der Wiederaufbau der persischen Staatsverwaltung ermöglicht wird. Das britische Schatzamt hat sich bereit erklärt, der persischen Regierung einen Betrag von zwei Millionen Pfund Sterling zu gewähren, der die persischen Fülle sichergestellt werden soll. Das Gesamtresultat der Vereinbarungen bedeutet nicht, daß Persien irgend einer Hinsicht in ein britisches Protektorat umgewandelt wird, sondern, daß damit der Zutritt Persiens zum dem eierfüchtigen Wettbewerb ein Ende bereitet werden ist. (?)

Das ist die bekannte Art und Weise, wie England friedlichen Formen Eroberungen macht.

Kleine Auslandsmeldungen.

„Daily News“ zufolge hat sich die britische Regierung kritisch gegen die Verstaatlichung der Kohlenbetriebe ausgesprochen.

Laut „Allgemeines Handelsblatt“ wird aus Dmsk gemeldet, daß alle politischen Parteien in Sibirien, darunter auch die sozialistischen Parteien, eine Proklamation veröffentlicht haben, in der die Bevölkerung aufgefordert wird, die Regierung abzuschaffen und alles zur Befämpfung des Bolschewismus einzusetzen.

„Telegraph“ meldet aus Athen, der griechische Minister Innern habe allen griechischen Präfekten in einem Zirkulare geteilt, daß zwischen der griechischen und der italienischen Regierung in allen Fragen vollkommene Uebereinstimmung erzielt worden sei und daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern ganz wiederhergestellt worden seien.

Aus einer von den englischen Blättern vom 15. gebrauchten halboffiziellen Mitteilung geht hervor, daß die britischen Truppen im Süd-Kurdistan im Kampfe mit Aufständischen siegreich waren.

Der Finanzkorrespondent der „Daily News“ in London meldet seinem Blatte, Deutschland komme in Holland, erkrankter Handelsrivalen Englands nicht in Betracht, falls Deutschland keinen Kredit. Man sei der Ansicht, daß Deutschland noch schlimmeren Zeiten entgegengehe, als es bisher gemacht habe.

brünetten Gesicht ein leichtes Lächeln, das sie zu arischen schen. Ein Schlag durchzuckte es sie da: er war es, ihr Palazzo, der bei diesen weichen, schmachtenden Klängen einst geküßt — der Herr aus dem Theater, derselbe auch, der ihr neulich auf Straße begegnet war.

Aber wer und was war er? Sie verstand sich zu beherrschen. Als habe sie ihn nie anders so gleichgültig schweifte ihr Blick über den Mann hinweg, der an einem Baum lehnte, in die süße Melodie versunken.

Er hielt den Hut in der Hand, und das Licht der Lampen voll auf ein schmales, raffines Gesicht mit dem stolzen Ausdruck geradzu auf, wie interessant und bedeutend er ausah.

Da kam Leben in seine fast reglose Gestalt. Er näherte ihrem Tische. Siebenhundert überließ es sie da. Er würde nicht gar auf diese Bekanntschaft hin die Kühnheit haben, auszusprechen? Zufällig magte er es, schon von weitem zu hören. Ein hochmütiger Zug entstellte ihr Gesicht. Sie dankte nicht.

Aber da — zu ihrer größten Verwunderung — winkte Kommerzrätin grüßend mit der Hand und rief dem Unbekannten einige freundliche Worte und Fragen zu, die dieser mit und zuvorkommend beantwortete, um dann langsam weiterzugehen.

Also dem Kommerzrätin hatte vorher der Graf geantwortet und nicht ihr! Sie atmete erleichtert auf.

Nun hatte sie auch seine Stimme gehört. Es war bei wohlklingender Stimme, die sich an jenem Abend so betörend im Ohr geschmeichelt hatte — kein Zweifel mehr: er war der Graf gewesen!

Sie lieberte förmlich danach, zu erfahren, was er war, sie fragte, sobald es anging, den Kommerzrätin, mit dem er eben gesprochen.

Der junge Mann ist ein vielversprechender Künstler, Namen Moritz, den ich in Aussicht genommen habe, den ich meiner Villa auszusuchen. Er hat einen hervorragenden Geschmack. Er wirkt direkt verblüffend mit seinen Vorlesungen. Ich habe seine Fesseln noch.“

Ein Künstler! Thora hätte beinahe zornig und verächtlich aufgeschrien, einer von der Sorte Menschen, die ihr am wenigsten sympathisch war, denn Künstler und Hungerleider war für daselbe. Für das Streben und Ringen nach der Höhe hatte kein Verständnis. Voll innerlicher Erregung gerührte sie die Epitaphentafel in den Händen, obwohl es eine mühsame Handarbeit Gifelas war.

(Fortsetzung folgt.)

Wegen eines leichten Unwohlseins — ihre Miaräne plante sie einmal wieder — war sie zu Hause geblieben, und ihr zarte Annelies.

Mariane Stork war mit ausgezeichneter Kostbarkeit gekleidet. Sie war förmlich schmuckbeladen. Bei jeder Bewegung funkelte und blinkte es an ihr. Ein riesenroter, fisch abogener, schwarzer Hut mit einer wunderbaren hellblauen Plume verdeckte ihr Gesicht, dessen Bügel einen pikanten Reiz verleiht.

Neben Thora Bernhausen, die, wie ihre Schwester ein weißes Stiderekleid trug, lag der Kommerzrätin Hofmann. Er war ein Mann von ungeschickter zweitunddreißig Jahren. Seine kaum mittelgroße ziemlich belebte Gestalt war mit peinlichster Sorgfalt gekleidet. Er suchte Thora angelegentlich zu unterhalten. Jeden ihrer Wünsche las er ihr von den Augen ab. Ihr Glas blieb nie leer, und bald hob er ihr die Vertikale auf, die einmal ihrem Egoe entfällt, bald den Schalter, dessen Erden auf dem Boden schliefen.

Doch trotz seiner Bemühungen ging sie nicht aus ihrer Reserve heraus. Ihr blaues Gesicht trug einen Ausdruck kühler Verablangung.

Voller Bewunderung blickte Viviane Stork auf das schöne Mädchen, und dunkel empfand sie, daß ihr stark ausgeprägtes Selbstbewußtsein ihr dennoch niemals jene selbstverständliche Bornehmtheit geben konnte, die den Kommissen Bernhausen angeboren war.

Sie sah neben Gifela, die sich liebenswürdig mit ihr unterhielt und sie auf diese und jene Persönlichkeit aufmerksam machte. Da gingen zwei Offiziere an ihrem Tisch vorbei, nach einem Plab Umschau haltend. Sie sahen, arischen, blieben stehen — Herr von Thielen, Baron Vibra.

Kommerzrätin Hofmann wußte auf, den Herren die Hände schüttelnd und sie auffordernd, am Tisch Platz zu nehmen. Man machte sie mit der Familie Stork bekannt.

Mariane ließ verärgert ihre Blicke zwischen Thielen und Vibra hin und her gehen, und ihr Urteil war bald gefällt — Baron Vibra, der neben Gifela Bernhausen saß, gefiel ihr besser als alle Herren, die sie bisher kennen gelernt hatte. Etwas Sonniges, Frohes hauchte ihm an. Seine blauen Augen in dem abgedunkelten Reitergesicht blühten vor Lebenslust. Unwiderlich wirkte er auf sie ein. Lebhaft beteiligte sie sich an der Unterhaltung und war sehr drollig in ihrem Amerikaner-Deutsch.

Die schmachtenden Klänge der Barcarole aus „Doffmanns Erzählungen“ schwebten über dem Stimmengewirr.

Thora Bernhausen hob ihren Stuhl etwas zurück und wandte den Kopf nach der Musik, um besser zu hören.

Da blickte sie gerade in ein Paar dunkle Männeraugen, die unverwandt nach ihr blinzierten, und sie sah in einem schönen

Politische Nachrichten.

Aus Stadt und Land.

Köln, den 18. August 1919.

Zum 19. August: Sonnenaufgang 4,49. — Sonnenuntergang 7,17. — Mondaufgang 10,57. — Monduntergang 2,32.

Streik im Stadtgebiet.

Infolge plötzlich geltend gemachter Forderungen seitens einiger Mitglieder der Theatergesellschaft machten sich am Sonntag eine Umänderung des Spielplans nötig. Abends wurde statt der „Spanischen Fliege“ „Johannistag“ gegeben. Aus dem gleichen Grunde ist, falls eine Einigung nicht zustande kommt, eine Verschiebung des Spielplans in dieser Woche wahrscheinlich.

Landausenthalt für unsere Kriegsgefangenen. Von wie großer Bedeutung es ist, unsere namentlich in den nächsten Wochen zu erwartenden Kriegsgefangenen in unser leider so arg zerrüttetes Wirtschaftsleben zurückzuführen, ist wohl jedem nationalgesinnten deutschen Menschen klar. Hierbei erwarten wir noch gewaltige Anstrengungen und Opfer jeder Art. Es müssen die stillen, fleißigen und arbeitsamen Heimkehrer möglichst ihrem alten Beruf zugeführt werden. Vielen muß ein neues Arbeitsfeld geschaffen werden. Viele bedürfen der Unterstützung durch Geld und anderes mehr. Sehr viele werden auch durch Unterernährung, Ueberanstrengung und so weiter nicht gleich in der Lage sein, ihre alte bzw. eine neue Arbeit oder Stellung aufzunehmen. Dieses müssen wir durch frische Luft und fräftige Kost wieder in Stand setzen, überhaupt arbeiten zu können. Da hierfür in erster Linie oder überhaupt das Land in Frage kommt, richtet die Fürsorgebehörde der Kriegsgefangenenheimkehrer („Krisa“) im Bahnhof vor uns die Anfrage an die Deutschnationalen, wer auf dem Lande oder in kleineren Landstädten sowie als Selbstversorger in den größeren Städten in der Lage und bereit ist, Kriegsgefangenen Unterkunft und Verpflegung zu bieten. Vorläufig unverbindliche Zusicherungen wolle man an die Krisa Köln, Bahnhof, gelangen lassen.

Umtausch von Militäranzügen. Die Beorderung der in Köln und Umgebung wohnhaften Entlassenen zum Empfang oder Umtausch von Anzügen wird, wie uns das Bezirkskommando Belgard mitteilt, nach Möglichkeit zum Vormittag erfolgen. Im Uebrigen wird bemerkt, daß, obwohl die Entlassenen gerade aus dem Kölnener Kreise sehr häufig zu anderen als den beordneten Zeiten erschienen sind, sie aus diesem Grunde nicht abgewiesen wurden. Was die Güte bzw. die Brauchbarkeit der hier vorhandenen Entlassenenanzüge anbelangt, so kann mitgeteilt werden, daß dieselben den vorgeschriebenen Tragerwert von zwei Fünftel besitzen. Die Entlassenen der Empfangsberechtigten ist wohl darin zu suchen, daß die meisten der Anzüge, Anspruch auf neue Anzüge zu haben. Auch scheinen die meisten Entlassenen der Ansicht zu sein, einen rechtlichen Anspruch auf Umtausch der erhaltenen Uniform gegen einen Zivilanzug zu haben. Dem ist nicht so. Dieser Anspruch besteht nur, wenn die erhaltene Uniform weniger als zwei Fünftel Tragerwert hat, was dem Entlassenen durch seinen Truppenteil bescheinigt sein muß. Im Uebrigen ist es nur eine Maßnahme zur möglichststen Wiedererfassung der ausgegebenen Uniformen, die ausgeführt wird, solange Bestände an Zivilanzügen vorhanden sind. (Diese Auffassung des Bezirkskommandos ist bezüglich des Umtausches von Militäranzügen gegen Zivilanzüge richtig; sie ist aber nicht richtig, soweit es sich um vorzugsberechtigtere Kriegsbeschädigte handelt, die in der Zeit vom 1. 7. 18. bis 9. 11. 18. entlassen worden sind; diese haben Anspruch auf einen Anzug, auch wenn der Vorrat an Zivilanzügen erschöpft sein sollte.)

Erbblindete Kriegsteilnehmer in der Eisenbahn. Die Vergünstigungen für erbblindete Kriegsteilnehmer sind erweitert worden. Der Begleiter wird nicht mehr bloß bei bestimmten, sondern bei allen Reisen des Blinden frei befördert, wenn er lediglich zum Zwecke der Begleitung mitreist. Für den Blinden wird von der Eisenbahnverwaltung, in deren Bezirk er seinen Wohnsitz hat, eine Bescheinigung darüber ausgestellt, daß er ein erbblinder Kriegsteilnehmer ist. Sie gilt für die Dauer eines Kalenderjahres. Der Führerhund wird gebührenfrei befördert, wenn der Blinde nicht in Begleitung einer Person reist.

Vorsicht beim Einkauf von Seide! Neuerdings tauchen im Handel wieder Stoffe auf, die wie Kunstseide aussehen, in Wirklichkeit aber aus der sehr gefährlichen Nitratseide bestehen, vor deren Ankauf schon früher gewarnt worden ist. Diese Gewebe sind bekanntlich auf unzureichende Weise aus Seereseidenbeständen in den Handel gelangt. Um festzustellen, ob ein Seidenstoff harmlos oder gefährlich ist, braucht man nur einen Streifen von etwa einem Zentimeter Länge abzuscheiden und ihn an ein brennendes Streichholz zu halten. Echte Seide brennt sehr langsam ab, rückt dabei nach verbrannten Haaren und hinterläßt einen schwarzen, wie Kohle aussehenden Rückstand. Gewöhnliche Kunstseide brennt rasch und geräuschlos ab, hinterläßt aber eine wenn auch nur geringe Menge weißlich-grauer Asche. Nitratseide hingegen verpufft bläulich in einem Nu und hinterläßt weder Geruch noch eine Spur von Asche.

Gummibereitungen. Das Kraftfahrzeugwesen, das durch die Gummiknappheit fast ganz zum Stillstand gekommen ist, dürfte bald wieder aufleben. Durch die jetzt erfolgende Einfuhr von Rohgummi wird es in Kürze möglich sein, dem Schlechthandel in Reifen und Schläuchen ein Ende zu machen. Wie verlautet, ist die Zufuhr von Kautschuk aus dem Ausland so bedeutend, daß die von deutschen Fabrikanten hergestellten Bereitungen für Fahrräder um ein Drittel billiger sind, als die gegenwärtig aus dem Ausland bezogenen Waren. Die Automobilbereitungen, die aller Wahrscheinlichkeit nach Ende dieses Jahres für den freien Verkehr freigegeben werden sollen, werden sich ganz erheblich billiger stellen, als die jetzt nur „hintenherum“ erhältlichen Fabrikate.

Einbruch und Brandstiftung. Unglaubliche Vorkommnisse zeitigt die Verwilderung und der moralische Tiefstand gewisser Volksschichten. Raubend und sengend, wie man es nur von Ausland kannte, üben sie durchs Land und kennen keine Unterschiede zwischen Meid und Deid. Die Firma Gustav Mannde, Köln, die in der Nähe von Danzkrug, an der Köln-Kölnener Chaussee, einen Brückenbau ausführt, errichtete am Bauplatz eine Bude. Unschöne Hände raubten die Bude aus und steckten sie sodann in Brand. Die Bude brannte völlig nieder und auch das gesamte Handwerkszeug, wurde ein Raub der Flammen. Dem verbrecherischen Gesindel ist man auf der Spur und hoffentlich trifft sie eine exemplarische Strafe.

Ein Tabakdiebstahl wurde in der Nacht vom Sonntag zum Montag nach Uebersteigen des Zaunes in dem Garten des Postkutschers H. Knickbusch, Wilhelmstraße 43, ausgeführt. Es handelt sich um 93 Tabakstauden im Werte von 200 Mark, die der Besitzer mit vieler Mühe und Arbeit gezogen hat. Jetzt kommen unsaubere Elemente und ernten. Die Kriminalpolizei trittet um zweckdienliche Angaben und sei hierzu bemerkt, daß der Name der Person, die mit ihren Angaben zur Ermittlung der Täter führen, in jedem Falle ungenannt bleibt und geheim gehalten wird. Ferner ist es ratsam, die Diebstahlsanzeige jeweils „sofort“ nach Entdeckung des Diebstahls bei der Polizei anzubringen, damit der Polizeihund zur Anwendung kommen kann und die Spitzhundenfeststellung beschleunigt und erleichtert wird.

Gestohlen wurde in der Nacht vom 17. zum 18. d. Mts. dem Alanen-Regiment Nr. 11 in Nordeshausen eine 12 Jahre alte Rappstute. Dieselbe ist 1,45 Meter groß, hat einen langen Schwanz und die Ränder am Hals und am Schwanz. Der Täter blieb unbekannt.

Kolbera. Verkauf hat Rittmeister von Blankensee sein rund 430 Morgen großes Gut Fajingen bei Polnow mit sämtlichem Zubehör für 350 000 Mark an den Bestker Mundt in Gr.-Tschop bei Belgard.

Kolbera. Mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes ist der Regierungsrat Dr. Baron von Stempel aus Wirtz (Provinz Posen) vom 1. September dieses Jahres ab beauftragt worden.

Polen. Auf dem Ferkelmarkt waren zirka 40 Ferkel zum Verkauf gestellt, es wurde aber kein Tier umgefaßt, es herrscht nicht die geringste Kauflust trotz des billigen Preises.

Bublik. In der „Pommerschen Tagepost“ lesen wir in einem Beitrage von D. L. über die unerquicklichen Verhältnisse in Bublik, wo bekanntlich jetzt als kommissarischer Landrat ein Gerichtsassessor Hänischel sitzt, folgende Stelle:

„Herr Hänischel will offenbar beweisen, wie groß sein Ehrlichkeitsbedürfnis ist und wie klug die Regierung war, als sie ihn von Delen und Fellen, statt für das Anfangsgehalt eines königlich preussischen Landrates von 3600 Mark, für ein solches von 12 000 Mark zu den Landratsakten nach Bublik versetzte. Er schreibt: „Es ist mir bekannt, von welcher Seite Sie Ihre falschen Nachrichten über Bublik und meine Person beziehen. Der Grund, weshalb dieser Herr Sie kämbig mit bewußt falschen Nachrichten versieht, ist für jeden erkenntlich, der weiß, daß dieser Herr nach den bisher geltenden Gesetzen bei einer Anwartschaft auf den Landratsposten zu haben glaubt.“ Gut gebrüllt! Unser Gewährsmann scheint und scheint sich aber so wenig nach dem Landratsamt, wie die Bekamterten der Del- und Fellenstelle nach dem Schützenarben. Deutlich ist es auch nicht, jemandes Ehre anzugreifen, ohne so deutlich zu werden, daß der Angegriffene sich wehren kann! Auch nicht christlich! Daraus spricht vielmehr — wir erwarten eine neue Verächtigung — alttestamentarischer Haß. Der aber zieht sich wie ein roter Faden durch die Tätigkeit des Herrn Hänischel. Oder ist es etwas anderes, wenn einem Mann, der seit Generationen im Kreise angeessen ist, der bereits höchste Kreischrenntellen bekleidete, als der Herr Assessor noch die Bank der Sexta drückt, plötzlich der Jagdschein verweigert wird, weil gewisse Leute Gegenrevolutionäre sehen, wie Delkranten weiße Mäuse? Ist es etwas anderes, wenn die Verächtigung eines langjährigen Mitgliedes des Bezirksausschusses als Kreisdeputierter mit Erlola, aber ohne jeden sachlichen Grund hintertrieben wird? Ist es vielleicht nur das Bestreben, sich Kleinbild zu machen? Kam es nur auf den „guten Eindruck von oben“ an, als einem vorgeordneten Beamten, der schon seines Namens wegen bei dem Tiefstimm der Revolutionsregierung unbequem sein muß, ein Wein gestellt wurde? Oder war es christliche Liebe, die eine freimütige, rechtlich völlig unanfechtbare Neuerung dieses Beamten über die Stützer der alten Regierung dem Oberpräsidenten unterbreiten ließ? Die Revolutionsregierung hat zwar wiederholt erklärt, daß kein Beamter seiner politischen Meinung halber verfolgt werden würde. Aber man kennt doch die Ausnahmen, die die Regel befristigen.

Hammerstein, Eisenbahnwägen. Vormittags fuhr ein Bedarfsfahrzeug infolge falscher Benennung auf das Anfuhrgeleis des Proviantamts auf den zur Verladung stehenden Wägen. Die Maschine ist entgleist. Die nachfolgenden Wägen hoben sich in und aneinander, so daß 13 beladene Wägen beschädigt und zum Teil zertrümmert wurden. Das Zugspersonal des aufzufahrenden Zuges konnte sich durch Abspringen rechtzeitig in Sicherheit bringen. Dagegen wurden von dem stehenden Zuge die Arbeiter Bittner, E. Barthmann, Friedrich Gluth-Hammerstein, die Arbeiterin S. Paul-Wilmersdorf schwer verletzt. Martha Müller-Wilmersdorf und S. Wenzkowsky-Hammerstein wurden leicht verletzt. Die Höhe des Schadens läßt sich zurzeit noch nicht feststellen.

Eingefandt.

Sir Artikel dieses Abschnittes übernimmt die Schriftleitung nur die vorkaufsrechtliche Verantwortung.

Darf der Magistrat Mitglied des Arbeitgeberverbandes sein oder nicht?

Diese Frage hat das Stadtverordnetenkollegium der Stadt Köln in seiner Sitzung vom 12. August mit „nein“ entschieden.

Dieses Abstimmungsresultat war möglich, weil sich der gefühlvolle sozialdemokratische Fraktion eine Anzahl Stadtverordnete aus den bürgerlichen Parteien angeschlossen hatten.

Niemandem soll daraus ein Vorwurf gemacht werden, aber es soll mir gestattet sein, gerade diesen Herren aus den bürgerlichen Parteien ein kleines Bild vor Augen zu halten, das ihnen möglicherweise einige Aufklärung geben könnte. Es ist anerkannt, daß jede Kommune eine große Arbeitgeberin ist. Als solche steht sie im Gegensatz zu ihren Arbeitnehmern, soweit man überhaupt von einem Gegensatz sprechen kann. Dieser ist doch da vorhanden, wo der eine gibt und der andere nimmt. Unter ganzes Dasein ist aus solchen Gegensätzen oder Widersprüchen zusammengesetzt und jegliches Menschenleben wird es immer und ewiglich sein, diese zu überwinden. Welches ist nun der Zweck dieser sozialdemokratischen Aktion? In die angeleitete Organisation des Arbeitgeberverbandes eine Lücke zu reißen. Und welches ist das Ziel? Nichts mehr und nichts weniger, als daß innerhalb der Kommune in Zukunft der Arbeitnehmer seine eigenen Lohn- bzw. Tarifbedingungen abschließt. Oder will mir jemand bei der heutigen Zusammenziehung des Stadtverordnetenkollegiums und seiner willenslosen Geselligkeit das Gegenteil beweisen? Oder gibt es einen denkenden Menschen, der glaubt, daß der Arbeitnehmer mit seiner Lohnforderung da halt macht, wo die Vermunftgrenze aufhört? Das kann doch wirklich auch niemand verlangen, denn es wäre ein Kampf gegen die eigenen Naturinstinkte; außerdem ist es jeglichem Menschen ver sagt, eine Fixierung dieser Vermunftgrenze vorzunehmen; Gerade deshalb ist es naturnotwendig, daß sich zwei gleichwertige Organisationen die Wage halten. Diese bekämpfen sich mit friedlichen Mitteln in der Form der durchaus anerkannten Arbeitsgemeinschaft. Nun soll sich ausgerechnet die Kommune als Arbeitgeberin nicht dazu eignen, dem Arbeitgeberverband anzugehören? Eine größere Ungerechtigkeit kann ich mir nicht vorstellen; die Arbeitnehmer der Stadt sind und bleiben organisiert und bestehen auf alle Fälle auf ihrem Recht, Lohnforderungen nach Belieben zu stellen, die Arbeitgeberin ist willenslos gemacht; denn die treibenden Kräfte sind als Arbeitgeber und als Arbeitnehmer dieselben. Ob bei diesem Kräftepiel den Herren Sozialdemokraten wohl sein wird, lasse ich dahin gestellt. Die gewollte Schwächung des Arbeitgeberverbandes könnte sich in das Gegenteil umkehren; diesen Gedanken möchte ich den Arbeiterführern zur reiflichen Erwägung anheimstellen. Man hörte auch unlängst wieder das reichlich abgedroschene Schlagwort: Hier Kapital und dort Arbeitskraft und hier stehen nur 300 Arbeitgeber gegenüber 30 000 Arbeitnehmern! Und da mögen sich die Menschen noch so klug gebärden; diese beiden sich gegenüber stehenden Erwerbselemente werden sein und bleiben müssen, bis in alle Ewigkeiten; diese werden miteinander im ewigen Kampfe liegen und das ist gut so, wenn nicht anders die Menschheit aufhören sollte, nach rein menschlichen Begriffen zu vegetieren. Es war früher ein Fehler seitens der Arbeitgeber, wenn sie sich gegen die Arbeiterorganisationen sträubten, anstatt sich selbst zu organisieren. Nun miß ich mich aber doch sehr wundern, daß unsere Arbeitnehmer ausgerechnet selbst auf diesen Fehler zurückkommen. Die Zeit wird mir Recht geben, daß unsere Zukunft nur zu verstehen sein wird unter dem Zeichen der gegenseitigen Organisation; einseitige Organisation ist unerträglich und führt zu Verflachung und zu unerlaubten Uebergriffen. In den gegenseitigen gleichwertigen Organisationen aber ist das freie Spiel der Kräfte gewährleistet, und wenn sich aus dieser gegenseitigen Organisation auch noch eine gegenseitige Achtung heraus bildet, dann ist das erreicht, was mir menschlich von ganzem Herzen wünschenswert erscheint.

Carl Schaefer,

1. Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes, Kreis Köln.

Verantwortlich für Politik und Unterhaltungssteil: Hauptkassier Victor G. L. Herzig; für Dertliches u. Provinz Hans Meißner; für den Anzeigenteil: Hans Reigefind. Druck und Verlag: Fürstentum Zeitung A. G. Sämtlich in Köln. Berliner Schriftleitung: August Storm, Berlin.

Die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft. Der Ausschuss der Nationalversammlung begann mit der Beratung des Entwurfes eines Gesetzes betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft. Nach einem längeren Bericht eines Regierungskommissars, der Vergleiche zwischen dem deutschen und dem englischen Gesetzentwurf über die Elektrizitätswirtschaft zog, sowie weiteren Ausführungen über Wirtschaftlichkeit und Durchführbarkeit der Fortleitung elektrischer Energie in hochgespannter Form auf die Notwendigkeit hingewiesen, geeignete Sachverständige (den Beratungen hinzuziehen. Abg. Laverrenz (deutsch-national) betonte insbesondere, daß seine Fraktion nach den letzten Zeit öfter gemachten unliebsamen Erfahrungen bei der Auswahl der Sachverständigen unbedingt darauf legen müsse, bei ihrer Beratung mitzuwirken. Vorgesprochen wurde ein viergliedriger Unterausschuss bestimmt, der im Einvernehmen mit der Regierung die Sachverständigenfragen erledigen soll. Schließlich wurde ein Beschlusse des Ausschusses einstimmig angenommen, wonach die Entschließung der Regierung unterbreitet werden wird, die Möglichkeit bieten soll, einige besonders wichtige Sachverständigen mit Rücksicht auf die großen Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung im kommenden Winter vor Verabschiedung des gesamten Gesetzes ausbauen zu lassen.

Die Pensionierung von Reichsbeamten infolge der Umgestaltung des Staatswesens. Der zuständige Ausschuss der Nationalversammlung beriet den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Pensionierung von Reichsbeamten in der Umgestaltung des Staatswesens. Nach dem Entwurf können Reichsbeamte, die mit der Wahrnehmung positiver Angelegenheiten betraut sind, und bis zum 31. März 1920 ihre Pensionierung nachsuchen, in den Ruhestand versetzt werden, ohne daß eingetretene Dienstunfähigkeit oder Vollendung des 65. Lebensjahres Vorbedingung der Pensionierung auf Pension ist. Den Kreis der unter diese Bestimmung fallenden Beamten bestimmen Reichsminister und Staatsauschuss (Reichsrat). Die Deutschnationalen verlangten eine Verlängerung der Frist für die Beantragung der Pensionierung bis zum 31. Dezember 1920 sowie die Begrenzung des Kreises der als politisch geltenden Beamten auf die im § 25 des R.-G.-Bl. aufgeführten Beamten, wobei jedoch nicht die Zustimmung der Mehrheit des Ausschusses Ablehnung erfordere ferner ein Antrag der Deutschen Volkspartei, die vom Reichsministerium zu erlassenden Bestimmungen über den Kreis der in Frage kommenden Beamten vor ihrer Veröffentlichung dem zuständigen Ausschuss zugehen zu lassen. Eine von den Sozialdemokraten vorgelegte Entschließung, die fordert, daß dienstunfähigen politischen Beamten der Uebertritt in ein politisches Amt von gleichem Rang und Gehalt ermöglicht wird, wurde einstimmig angenommen.

Die Erhöhung der Pensionen von Reichsbeamten. Der Haushaltsausschuss der Nationalversammlung beriet den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erhöhung der Pensionen von Reichsbeamten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben. Nach dem Entwurf werden die Pensionen der Reichsbeamten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben oder zum 31. März 1920 vollenden und bis dahin ihre Pensionierung in den Ruhestand nachsuchen, um 10 v. H. erhöht. Ein Antrag der Demokratischen Partei, den Betrag der Erhöhung auf mindestens 300 Mark festzusetzen, fand einstimmige Annahme. Ein weiterer Antrag, die Bestimmung des Gesetzes gleichmäßig anzuwenden auf Beamte, die während des Krieges in den Ruhestand getreten und in unmittelbarem Anschluß daran ohne Unterbrechung im aktiven Dienst verwendet worden sind, wurde ebenfalls angenommen. Die Deutschnationalen wiesen darauf hin, daß dieser Antrag eine Härte bedeute gegenüber den Beamten, die zwar auch während des Krieges in den Ruhestand getreten sind, aber nicht im unmittelbaren Anschluß daran, sondern erst nach einer gewissen Zeit auf dringenden Ersuchen der Behörden wegen Personalmangels den aktiven Dienst nicht selten mit großen Opfern an Gesundheit — wiederaufgenommen haben. Es sei daher angezeigt, auch diesen Beamten die Wohlthat des Gesetzes zukommen zu lassen. Diese Anregung wurde von der Regierung bekämpft und fand im Ausschuss nicht genügend Unterstützung. Seitens der Deutschnationalen wurde ferner angeregt, in den Gesetzen eine Bestimmung aufzunehmen, die den in den Ruhestand tretenden Beamten die Gewähr bieten solle, daß sie der Vorteile der zu erwartenden Besoldungsreform nicht verlustig gehen. Dieser Anregung trat der Regierungsvortrag mit großer Schärfe entgegen, sie fand auf fallenderweise von keiner der anderen Parteien Unterstützung.

Deutschnationale Kundgebung gegen Erzberger. In der gut besuchten Mitgliederversammlung der Deutschnationalen Volkspartei Köln erstattete der Vorsitzende einen eingehenden Bericht über den Parteitag, der mit großer Interesse aufgenommen wurde, da er ein wesentlich anderes Bild entrollte, als die kurzen Berichte in der Kölnener Presse. Nachdem noch die Rede des Grafen Westarp unter großem Beifall zur Verlesung gekommen war, wurde einmütig folgende Entschließung angenommen: „Die Deutschnationale Volkspartei Köln ist mit der Parteileitung von Erzberger durchdrungen, daß die Politik des Reichsminister Erzbergers die Interessen des Reiches auf das gefährlichste gefährdet. Sie hält es für unabweißbare Pflicht, allen parlamentarischen Mitteln seinen Austritt aus der Regierung zu erzwingen.“

Autonomie für Oberschlesien. Die Pressestelle des Volksrates für die Provinz Schlesien teilt mit: Die vor einigen Tagen erschienenen Aeußerungen des preussischen Ministerpräsidenten über die schlesischen Autonomiefrage hatten, anscheinend infolge der Wiedereröffnung einer bestimmten Stelle, Grund zu Missverständnissen gegeben. Der Reichs- und Staatskommissar für Schlesien und Posen hat sich daher an den preussischen Ministerpräsidenten mit der Bitte um Klarstellung gewandt, und von dieser eingehende Antwort erhalten: Regierung nach wie vor bestrebt, die schlesische provinzielle Autonomie zu gewähren. Bestrebungen zur Bildung eines Bundesstaates, Obereschlesien steht Regierungen abnehmend gegenüber. Ministerpräsident.

Der Reichsrat. In der unter dem Vorsitz des Reichsministerpräsidenten abgehaltenen Vollversammlung des Reichsrates wurde dem Entwurf eines Gesetzes über Betriebsräte und vom volkswirtschaftlichen Ausschuss der Nationalversammlung beschlossenen Entwurf einer Verordnung über Deliktstrafen bereits gemonnene Erzeugnisse zugestimmt.

Das bayerische Landtagspräsidium sandte an die Reichsregierung in Weimar ein Schreiben, in dem in voller Einmütigkeit und Entschiedenheit gegen die von der Entente gegebene Abgrenzung des Staatsangehörigen vor einen ausländischen Gerichtsstand, protestiert und die Hoffnung ausgedrückt wird, daß die Reichsregierung alle geeigneten Schritte bei den Entente-Mächten unternehmen werde, um den Forderungen der Gerechtigkeit nachzugeben über das Wachtgebot zu verhelfen. In einem Schreiben an Kronprinz Rupprecht billigt der Veltsekenrat die Weigerung des Kronprinzen, vor einem außerdeutschen Gericht Rede zu halten, und macht von dem Protest bei der Reichsregierung Mitteilung. Im Ubrigen hält der Veltsekenrat sich für zuständig, erachtet vielmehr die Sache als Reichsangelegenheit.

Nachruf.

Nach kurzem schweren Leiden starb am 12. d. Mts. der Maschinengehilfe

Fritz Reizke

im blühenden Alter von 17 Jahren. Er war ein fleißiger und williger junger Mann, der unsere volle Achtung erworben hat.

Ein ehrendes Andenken ist ihm bei uns immerdar gesichert.

Papierfabrik Köslin, Aktiengesellschaft.

Es wird auf die Provinzialverordnung vom 15. November 1918 - Kreisbl. S. 413 - erneut hingewiesen. Nach dieser Verordnung darf Vieh (Rinder, Kühe, Schafe und Schweine) zu Zucht- oder Nutzzwecken nur nach vorheriger Genehmigung des Kommunalverbandes verkauft werden. Hammellämmer dürfen nur an den Pommerischen Viehhandelsverband verkauft werden.

Köslin, den 15. August 1919.

Der Landrat.

von Eisenhart-Notbe.

Bekanntmachung.

Auf Nr. 301 der Auslandslebensmittelliste wird in der laufenden Woche auf den Kopf der Bevölkerung von Köslin sowie Roggow und Gollendorf 200 Gramm Auslandsfleisch ausgegeben. Die Abschnitte sind am Dienstag und Mittwoch - 19. und 20. d. Mts. - bei den Fleischermeistern, in deren Kundenliste man eingetragen ist, abzugeben. Die Fleischermeister haben die ordnungsmäßig aufgegebenen Abschnitte am Donnerstag vormittag im Schlachthaus abzugeben und empfangen als Lohn das Fleisch. Die Ausgabe des Fleisches an die Bevölkerung erfolgt von Donnerstag nachmittag ab.

Diejenigen Familien, welche an den oben genannten Tagen die Marken nicht abgeben haben, haben auf Zuteilung von Fleisch keinen Anspruch.

Köslin, den 18. August 1919.

Der Magistrat.

Mit dem heutigen Tage habe ich mein Geschäft wieder eröffnet. Der Markenfleischverkauf für Parnow und Umgegend findet jeden Donnerstag und Freitag statt. Hochachtungsvoll Albert Abel, Fleischermeister.

Mitte September beginnt der neue Kursus.

Kaufmännische Privatschule

von Ella Preßing.

Regierungsstr. 1, II. Abendkursus gleichzeitig.

Achtung! Automobilbesitzer!

Autodecken und Schläuche werden schnell repariert. Lieferung von sämtlichem Automobilmaterial.

William Müller, Stettin, Deuschestr. 27.

Fuhrleute

zum Heranziehen von Brennholz, Nähe Seidel und Darsow, gesucht. Holzverwertungsgesellschaft Berlin m. b. H. Paul Lehmann, Stolp i. Pom., Uhlendstraße 11.

Drillmaschinen

3 m 25 Reihen 1/2 m 15 Reihen abzugeben

Carl Schaefer,

Maschinenfabrik und Eisengießerei.

Zur Herbstsaat empfehlen wir

Strubes General von Stöcken

2. Abfaat,

anerkannt von der D. L. G. zu den gesetzlichen Höchstpreisen. Der ertragreichste Winterweizen, zeichnet sich durch seine Winter- und Lagerfestigkeit aus.

Gutsverwaltung Bonin bei Manow.

Stellen Donnerstag und Freitag große pommerische Gänse auf dem Viehmarkt zum Verkauf. Schulz u. Pieper.

Trefte Dienstag und Freitag dieser Woche, nachm. 8 Uhr mit großen pommerischen Gänsen auf Bahnhof Alt-Wieck ein. Rahn, Altwieck.

Meiner verehrten Kundschaft hiermit zur gef. Nachricht, daß ich mein Geschäft mit dem heutigen Tage an Frau Helene Requart verkauft habe. Ich bitte, das mir in so vollem Maße geschenkte Vertrauen auch auf meinen Nachfolger gütigst übertragen zu wollen.

Hochachtung

Frau Magdalene Küter.

Dem wertgeschätzten Publikum die ergebene Mitteilung, daß ich das

Spezial-Putzgeschäft, Bergstraße 32

heute von Frau Magdalene Küter käuflich übernommen habe. Indem ich bemüht sein werde, nur beste Ware zu sehr mäßigen Preisen zu liefern, bitte ich, mir ihr Wohlwollen zu schenken und zeichne

Hochachtungsvoll

Magdalene Küter Nachfgr.

Inh.: Helene Requart.

Kammer-Lichtspiele.

Henny Porten

Heute letzter Tag!

Konzertagentur Otto Grünthal, Köslin.

Mittwoch, den 20. August, abends 8 Uhr, im Lüdike'schen

Konzertsaal

Lieder-Abend

Johanna Ziebell

Konzertsängerin Leipzig.

Am Flügel: Herr Organist Martin Korb. Lieder von Brahms, Schumann, Mozart, Schubert. Paganini-Arie aus den Hugenotten von Meyerbeer. Arie aus Figaros Hochzeit von Mozart.

Karten à M. 3.50, Stehplatz 1.50, Schüler 1.00 und Steuer im Vorverkauf Otto Grünthal, Markt 21, und an der Abendkasse.

Frau Johanna Ziebell errang am Freitag, dem 15. d. Mts., im Strandloß zu Kolberg einen solchen künstlerischen Erfolg, daß sie sofort zu einem zweiten Abend am kommenden Donnerstag dort verpflichtet wurde.

Fahrradreifen

In- und Auslandware, sowie prima Gummilösung und Ventiltgummi, zu konkurrenzlosen Preisen.

P. Grubke, Neuelorstr. 36, Laden, Gärtnerstr. 15, Hof.

Dampfzugmaschine Lanz

2II PS. mit Ventilsteuerung, fast neu, zum Ziehen von schweren Lasten, sowie zum Antrieb von Dresch- und stationären Maschinen zu verkaufen.

Ingenieur William Müller, Stettin, Deuschestr. 27.

Münchener Pilschbräu

frisch eingetroffen, empfiehlt

Eduard Laabs.

Flügel, Pianos

auch einige wenig gebrauchte (kreuzsait, Eisenbenntasten, Kupfersait), zu verkaufen.

K. Klein, Junkerstraße 8, Tel. 572.

Hoher, angenehmer Nebenverdienst durch Übernahme einer Fellsammelstelle. Meldungen an Doamm. Zentral-Kleinier-Verwertungsgenossenschaft.

Wohnungen, Zimmer.

Spätestens zum 1. Oktober in gutem Hause

4 Zimmer-Wohnung gesucht, mit allem Zubehör.

Herricht, Hauptschriftleiter, Bergstraße 26.

Für den Monat September von gebildetem Herrn

möbliertes Zimmer

in gutem Hause gesucht. Angebote mit Preisangabe (auch ohne Mittag) unter Z. 444 an die Geschäftsstelle dieser Ztg. erbeten.

2 möblierte Zimmer zu vermieten Ritterstraße 22, 2 Tr.

Frl. sucht nettes Zimmer, wenn möglich mit Pension. Angeb. mit Preisangabe (auch ohne Mittag) unter Z. 444 an die Geschäftsstelle dieser Ztg. erbeten.

Neue Handtücher u. Weingläser

verkauft Lehmarstr. 7, 11.

Ein wenig gebrauchter Dogcard aus der Fabrik Spielermann, Hannover, umständelhalber zu verkaufen. Fr. Meyer-Dornhofen, Bonin bei Manow.

Kainit

vorrätig Paul Schroeder.

Molkerei

zu kaufen gesucht von zahlungsfähigem Käufer.

Angebote mit Ang. der täglichen Literzahl erbittet Reg.-Sekretär a. D. Carl Schulz, Bublitzerstr. 28. Fernruf 300.

Klein. Grundstück

von 10-30 Morg., g. Lage, bei hoher Anzählung. H. Hagenan, Briejen Wpr.

Landwirtschaft,

besten Bodens, 2 kräftige Pferde, und diverses Inventar, soll verkauft werden. Meldungen unter A. 445 an die Geschäftsstelle d. Zeitung erbeten.

Bekanntmachung.

In der laufenden - 33. - Woche werden 50 Gramm Butter und 100 Gramm Speisefett auf den Kopf der Bevölkerung ausgegeben.

Köslin, den 18. August 1919. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der Strandzug für Fahrgäste des D-Zuges, ab Köslin 9 Uhr abends, fällt von Dienstag, dem 19. d. M., ab aus.

Köslin, den 12. August 1919. Der Magistrat.

Luisa Lenzing

Max Jock

grüßen als Verlobte.

Schwerinthal. Eventin.

Jagdverpachtung zu Wolfshagen

am Sonntag, dem 24. August, im Gasthofe zu Wolfshagen, um 4 Uhr nachm. Jagdplan liegt zur Einsicht bei Jagdvorsteher Henke aus.

Der Jagdvorsteher. Henke.

In der Nacht vom 12. zum 13. August sind mir

4 Pferde gestohlen:

- 1. Schwarzschuchwallach, 4jährig,
- 2. Goldschuchwallach mit Stern, 5jährig,
- 3. dunkelbrauner Wallach, beide Hinterfüße weiß, alte Narbe Hinterfüße, 11jährig,
- 4. kastanienbraune Stute, vorn Bodhut, 11jährig.

Wiederbringer erhält für jedes Pferd

500 Mk. Belohnung.

v. Gaudecker-Zuch bei Gramenz.

300 Mark Belohnung.

2000 Mark in 20 Hundertmarkstheilen, rot gestempelt, am 16. 8. auf dem Marktplatz Köslin zur Marktzeit verloren.

Nummern bekannt und gesperrt! Ehrlicher Finder erhält obige Belohnung. Geeignete Nachrichten zur Nachforschung und Ermittlung erbeten gegen angemessene Vergütung.

Paul Haase, g. St. Janow, Schlauerstr. 151 b.

300 Mark Belohnung.

das ich geniert hat. Frau Administratorin Luisebühr bei Kreis Köslin.

Zuverlässiges Hausmädchen sofort oder später, evtl. Mädchen tagsüber gesucht. Frau Clara Bergstr.

Fahrraddecken

defekte werden schnellstens repariert Vulkanisieranstalt

William Müller, Stettin, Deuschestr. 27.

Cello veräußert,

Besichtigung 11-1 Uhr Buchwaldstr. 26, unten links.

Turnverein Köslin
Zu dem am Sonntag, 24. August, hier stattfindenden Turnfesten der Turnvereine Köslin, Gollendorf, Parnow, Turngau und Hintersee sind wegen gütigen Bahnverbindungsangelegenheiten die Turnvereine Köslin, Gollendorf, Parnow, Turngau und Hintersee bereit sind, Turner noch auswärtsigen Turnvereinen zuzulassen. Mitglieder und Turnvereine sind, Turner bei sich nehmen (Nachquartiere zugeordnet) werden gebeten, dies bis Freitag bei Turnwart E. W. Torlowitz, Bergstr. 26, (Poststelle der Frl. Torlowitz, A.-G.) anzumelden.

D. H. V.

Mittwoch, den 20. August, 8 Uhr, Versammlung bei Bergstraße (Rote Straße) Wir erhalten Besuch.

Volkshochschule

Mittwoch, den 20. August, 8 Uhr im kleinen Saal Gemeindepark.

- 1. Pastor Teitenborn: Die Vater der Volkshochschule
- 2. Seminarleiter Direktor Hübner: Wesen und Bedeutung der Volkshochschule.
- 3. Aussprache.

Zu zahlreichem Besuch die ältere Abteilung des Jünglingsvereins.

Am 28., 29. und 30. findet ein

Gartenbau-Lehrkurs

in Pankin, Kr. Stettin. Anmeldungen zur Teilnahme erbittet Fel. A. von Kammer, Frauen-Verein Köslin.

Arbeitsmarkt.

Jüngerer Bürogehilfe

der Schreibmaschine und graphisch schreibt, zum 15. auch früher oder später Angebote mit Gehaltsantrag und Lebenslauf an

Dr. Ahler, Reichstr. Köslin, Markt

Lehrling

wird eingestellt Techn. Büro, Willberg

Lehrling

sofort oder später für mein Laboratorium auf. Bewerber bevorzugt.

Alleinmädchen

für kleinen Haushalt nach Berlin gesucht. Frau v. Schmieding, Friedrich-Wilhelmstr.

Wegen Heirat meines Mädchens suche zum 1. Oktober kinderloses Haus, 1 person. sauberes

Dienstmädchen

das schon gedient hat. Frau Administratorin Luisebühr bei Kreis Köslin.

Besseres Mädchen

oder einfache Stütze, das heilt findet, das Kochen zu tun zum 1. 9 oder 1. 10. Gehalt u. E. 447 an die Geschäftsstelle

Stubenmädchen

das mögl. schon auf dem Marktplatz Köslin zur Marktzeit verloren.

anfragen erbittet an Frau Rittergutsbesitzerin Darlow bei Alt-Wieck. Bez. Köslin.

Zuverlässiges Hausmädchen sofort oder später, evtl. Mädchen tagsüber gesucht. Frau Clara Bergstr.

Anzeigen aus

Dreschkaste

mit Reinigung zum 5. 24-jährige Patentbesitzerin Friedensware, hat abzugeben. G. Kuhse, Maschinenbau.

Kirchliche Nachrichten für den Dienstag, den 19. 8. Uhr Jungfrauenverein. Mittwoch, den 20. 8. Uhr Jünglingsverein.